

## Innenpolitik

Freiheit stirbt mit Sicherheit. Unsere Freiheit wird vom Sicherheitsbedürfnis der Herrschenden getötet.

Als junge Menschen haben wir ein individuelles und politisches Bedürfnis nach Freiheit. Diese brauchen wir um unsere Zukunft selbst gestalten zu können.

Doch unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung findet seit Jahren ein fundamentaler Staatsumbau statt, der ein System schützt und reproduziert, das der Freiheit von uns, den Menschen, unvereinbar den Weg versperrt. Alle Menschen - auch Jugendliche - brauchen die Möglichkeit sich direkt an der Demokratie zu beteiligen, selbst Einfluss auf Entscheidungen nehmen zu können und an Medien unkommerziell Teil zu haben, ohne die eigene Stimme an andere abgeben zu müssen. Grundrecht, wie Meinungs-, Versammlungs- und Streikfreiheit sind dafür unentbehrlich. Alle diese Rechte müssen für alle Menschen, die hier leben verbindlich gelten - auch für Migranten und Asylsuchende.

Unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Unverletzlichkeit der Privatsphäre und persönliche Freizügigkeit wird uns entzogen. Jeder Aufruhr für solcherlei Freiheiten soll bereits im Keim unterdrückt werden.

Das Grundgesetz wird dafür Stück für Stück ausgehebelt. Wie schon einmal in der Geschichte Deutschlands wird das Trennungsgebot von Polizeien und Geheimdiensten faktisch aufgehoben und eine Bundespolizei geschaffen. Außerdem wird die Bundeswehr flächendeckend in die Zivilgesellschaft eingebunden und gegen die Bevölkerung eingesetzt.

Diese Entwicklung geht einher mit einem massiven Sozialabbau und der Kriegsvorbereitungen nach Außen.

Weil wir selbstbestimmt, gleichberechtigt und friedlich leben wollen, fordern wir:

- "Direkte Demokratie": für verbindliche Volksentscheide, Senkung des Wahlalters
- Leben selbst Gestalten: Mehr freie Presse und Radios
- Dezentralisierung der staatliche Gewaltenapparate, gegen Ausweitung der Befugnisse von Behörden
- Abschaffung der Bundespolizei
- Keine Bundeswehr - weder im Aus- noch im Inland, Bundeswehr raus aus den Landratsämtern, ARGEn und Schulen
- Einhaltung des Trennungsgebots von Polizei und Geheimdiensten, Auflösung der gemeinsamen Zentren, strikte Trennung von Aufgaben und Methoden, letztendlich Auflösung vom Verfassungsschutz
- Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Gegen Vorratsdatenspeicherung, Onlineüberwachung und Kamerakontrollen, Keine Zentralisierung des Meldegesetzes
- Verbindlicher Schutz von Grundrechten, keine Beschneidung von Versammlungsrecht, Streikrecht und Recht auf allgemeine Freizügigkeit.
- keine Ausgrenzung von Asylsuchenden: Gegen Residenzpflicht und Gutscheinsystem; Unterbringung in Wohnungen und ärztliche Betreuung; keine Abschiebungen.